

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Wer will schon die TAFTA?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2006) : Wer will schon die TAFTA?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 86, Iss. 10, pp. 618-619,
<https://doi.org/10.1007/s10273-006-0565-1>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42645>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wer will schon die TAFTA?

Wieder einmal geistert die Idee einer transatlantischen Freihandelszone (TAFTA) durch die Köpfe führender deutscher Politiker. Auf der Suche nach einem sinnstiftenden Thema für die am 1. Januar 2007 beginnende EU-Ratspräsidentschaft findet die Bundeskanzlerin die Idee eines handelspolitischen Zusammengehens Europas mit den Vereinigten Staaten „faszinierend“. Ist die Idee auch ökonomisch sinnvoll? Nein, es gibt genügend theoretische wie auch empirische Argumente, die klar gegen das Konzept einer TAFTA sprechen.

Die Theorie der Zollunion gehört zum gesicherten Standard der ökonomischen Analyse. Sie zeigt unzweifelhaft die handelsschaffenden und handelsumlenkenden Effekte auf, die sich ergeben, wenn zwei Länder(gruppen) im gegenseitigen Handel auf jene Zölle verzichten, die sie gegenüber der übrigen Welt aufrecht-erhalten. Handel wird geschaffen, weil innerhalb der Zollunion die kostensenkende Arbeitsteilung ausgeweitet wird, wodurch der grenzüberschreitende Warenaustausch zunimmt. Handel wird umgelenkt, weil durch die Bevorzugung der Partnerländer und die Benachteiligung der Außenseiter Angebote aus Partnerländern relativ billiger werden, was Handelsströme von den Außenseitern zu den Partnerländern umlenkt. Damit sind die Wohlstandswirkungen einer Zollunion nicht eindeutig. Es kann sehr wohl sein, dass für einzelne Länder die Nachteile der Handelsumlenkung größer sind als die Vorteile der Handelsschaffung. Das ist dann der Fall, wenn die gegenseitige Bevorzugung wenig zusätzlichen Handel zwischen den Partnerländern schafft, aber zu einer massiven Umlenkung der Güterströme führt. Statt billiger, durch Zölle jedoch künstlich verteuerter Schuhe aus China würde Europa in der Herstellung teurere, jedoch von Zöllen befreite Schuhe aus den USA importieren. Es profitiert die amerikanische Schuhindustrie auf Kosten der europäischen Kunden und nicht zu Lasten Chinas.

Ein rascher Blick in die amerikanisch-europäischen Produktions- und Handelsstatistiken offenbart die geringe Wahrscheinlichkeit, dass durch eine TAFTA viel neuer Handel zwischen Europa und den USA geschaffen würde. Für industrielle Produkte sind die gegenseitigen Handelsbarrieren im Rahmen der WTO bereits sehr weitgehend abgebaut worden. Die Märkte stehen schon beiderseits offen. Das Potenzial für einen weiteren Abbau ist somit äußerst gering. Die nicht-tarifären Schranken bürokratischer Qualitätsvorschriften und administrativer Einfuhrbestimmungen lassen sich auch mit einer TAFTA nicht auf die Schnelle beseitigen. Dafür sind mühsame und langwierige Einzelverhandlungen notwendig. Für Agrargüter hingegen bestünde in der Tat eine riesige Chance, Importrestriktionen und Exportsubventionen fallen zu lassen. Hier prallen aber auch die fundamental gegensätzlichen Interessen zwischen Europa und den USA am härtesten aufeinander. Die Weigerung Europas und der Vereinigten Staaten, die Agrarmärkte zu öffnen, haben bereits die WTO-Verhandlungen zum Scheitern gebracht. Wieso sollte nun ausgerechnet in einer TAFTA möglich werden, was bisher innerhalb der WTO nicht gelang?

Lassen sich also keine ökonomischen Argumente für eine TAFTA anführen, deckt ein Vergleich mit einem weltweiten Freihandelsszenario endgültig die Kosten solch einer Zollunion auf. Ein genereller Verzicht auf Handelshemmnisse aller Art ist immer noch die wohlstandsmaximierende First-best-Strategie. Demgegenüber bleibt eine Zollunion im günstigsten Fall eine Second-best-Lösung, besser als Zölle gegenüber allen Handelspartnern, aber immer schlechter als weltweiter Freihandel.

Nun kann man, wie es immer wieder geschieht, trefflich über die Verteilung der Gewinne aus einem weltweiten Freihandel diskutieren. Ebenso zutreffend ist es,



Thomas Straubhaar

dass Freihandel Gewinner und Verlierer schafft, wobei in einer langfristigen dynamischen Sicht nicht jeder relative Verlierer auch ein absoluter Verlierer sein muss. Außenhandel ist kein Nullsummenspiel. Die Gewinne des einen sind nicht die Verluste des anderen. Man kann relativ verlieren und trotzdem absolut gewinnen.

So wichtig Verteilungsfragen sind, so richtig bleibt es, dass es ineffizient und ungenau und dadurch teuer und unsozial ist, Verteilungsziele mit Eingriffen in das freie Spiel der Märkte erreichen zu wollen. Gerade wem (Um-)Verteilung eine Herzensangelegenheit ist, der muss im ersten Schritt für eine möglichst große Verteilungsmasse sorgen. Das kann nur durch eine strikte Trennung einerseits in eine unverfälschte Primärverteilung auf der Grundlage freier Märkte und andererseits in eine nachrangige Sekundärverteilung auf der Grundlage direkter personenbezogener Eingriffe über Steuern und Transfers gelingen.

Die Außenwirtschaftstheorie liefert keine stichhaltigen Argumente für eine TAFTA. Im Gegenteil: Ökonomische Theorie und Empirie raten eindringlich dazu, auf Handelshemmnisse zu verzichten und nationale Märkte der weltweiten Arbeitsteilung und Spezialisierung zu öffnen. Damit kann zugunsten der TAFTA einzig noch die tiefsitzende europäische Angst vor der asiatischen Herausforderung sprechen. Angst, weil ein alterndes, schrumpfendes und sattes Europa auf ein junges, wachsendes und hungriges Asien trifft. Angst, einen lange genossenen ökonomischen Vorsprung zu verlieren. Angst, weil man auf dem Weltmarkt harte Konkurrenten erhält. Angst, weil in China und Indien fast immer billiger, immer öfter auch besser und häufig schon besser und billiger produziert wird.

Ist eine TAFTA eine langfristig wirkungsvolle Antwort auf die asiatische Herausforderung? Nein! Eine defensive Strategie, die auf mehr Protektion und ein mehr oder weniger lautes ökonomisches Säbelrasseln zielt, führt in die Irre. Die in der Tat beeindruckende, rasante wirtschaftliche Entwicklung Asiens, allen voran Chinas und Indiens, ist keine bedrohliche Kriegserklärung. Sie ist eine stimulierende und neue Kräfte freisetzende Herausforderung für die Europäer, ebenfalls besser und schneller zu werden. Dann bietet nämlich gerade der wirtschaftliche Aufholprozess Asiens riesige Chancen für europäische und ganz besonders für deutsche Unternehmen, ihre qualitativ hochwertigen Produkte und Dienstleistungen in den asiatischen Raum zu exportieren. Das gilt in herausragendem Maße für die deutschen Investitionsgüter, die Maschinen- und Apparatebauer, für den Anlagenbau oder die Elektroindustrie.

Nicht Schutz und Abschottung oder ein Rückfall in bilaterale Handelskriege sind eine erfolgversprechende europäische Strategie, sondern eine offensive Öffnung heimischer Märkte und eine Wiederbelebung der in der Wirtschaftsgeschichte so erfolgreichen europäischen Kräfte. Je weniger der Staat den Europäern vorgibt, wie sie zu leben und zu arbeiten haben, je weniger der Staat befiehlt, was sie tun und unterlassen sollen, je mehr die europäische Gesellschaft auf die individuellen Freiheitsrechte setzt, umso stärker werden Erfinder-, Entdecker- und Unternehmerinstinkte geweckt. Das war in der europäischen Vergangenheit so. Es gibt keinen Grund, wieso es nicht auch für die europäische Zukunft gelten soll. Schafft Europa die Revitalisierung nicht von alleine, können und werden ihm auch die Vereinigten Staaten nicht helfen. Wieso sollten sich die USA mit einem fußkranken, zur eigenen Gesundung weder willigen noch fähigen Europa zusammentun? Was eigentlich könnten die Vereinigten Staaten von einer TAFTA gewinnen? Nichts. Deshalb wäre die Bundeskanzlerin gut beraten, gar nicht erst jene Geister zu rufen, die sie später nicht mehr los wird. Die TAFTA ist heute schon eine politische Totgeburt. Außerhalb Deutschlands will sie niemand. Nicht die anderen Europäer, nicht die Amerikaner. Die TAFTA ist eine geschickt lancierte Medienkampagne. Eine taugliche ökonomische Strategie ist sie nicht.